

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe März 2008 (Nr. 03/08) – EUR 1,25 Z11263E

Wer ist der Herr im Haus?

Recep Tayyip Erdogan hat in Köln die Integrationslüge der deutschen Multikulturalisten in Politik und Medien entlarvt. Niemand kann jetzt mehr leugnen, daß die türkische Seite etwas völlig anderes im Sinne hat, wenn sie von Integration spricht, als die nebulösen Vorstellungen und Phrasen der hiesigen Schönredner.

Aus Erdogans Rede geht klar hervor: **Unter „Integration“ verstehen türkische Politiker und Verbände die möglichst weitgehende Ausstattung der hier lebenden Türken und türkischer Organisationen mit politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten.**

Erdogan betrachtet die rund zweieinhalb Millionen Türken in Deutschland, gleichgültig ob sie den deutschen Paß haben oder nicht, in erster Linie als Teil des türkischen

Gemeinwesens und nicht des deutschen.

Deshalb will er ihre innere Identifikation mit diesem Land verhindern, weil er sie als Brückenkopf und Fünfte Kolonne der politischen Einflußnahme braucht, die er mit Hilfe direkt oder indirekt von Ankara gesteuerter Verbände und Medien ausüben will.

Erdogan stellt die Souveränitätsfrage, indem er das in der Verfassung festgeschriebene Recht des deutschen Volkes, selbst und alleine Herr im eigenen Haus zu sein,

antastet und teilen will. Auf diese Herausforderung muß Deutschland eine eindeutige Antwort ohne Schnörkel und Ausflüchte geben.

Die deutsche Politik muß die Kraft finden, die Forderung nach Integration der türkischen Einwanderer durch Assimilation durchzusetzen und Ankaras türkisch-nationalistischen Machtanspruch zurückzuweisen. Die Alternative wäre die Selbstaufgabe des deutschen Staates und die Abdankung Deutschlands als Nationalstaat der Deutschen.

Recep Tayyip Erdogan



Rotfront marschiert

Die Mauer muß wieder her. Und die Stasi am besten auch. Die Welt der Christel Wegner, die als DKP-Steinzeitkommunistin auf der Liste der „Linken“ in den niedersächsischen Landtag kam, ist ziemlich übersichtlich: Wir wollen unseren alten Erich Honecker wieder haben – der hat ja auch die DKP so nett finanziert.

Peinlich für die Lafontaine-Partei, wenn so eine Betonköpfen einfach so rausschwätzt, wofür die kommunistische „Linke“ wirklich steht. Daß die frisch in den Landtag eingezogene Fraktion der SED-PDS-„Linken“ Frau Wegner nach öffentlicher Kritik ausgeschlossen hat, ist ein typisches kommunistisches Täuschungsmanöver – als DKP-Mitglied gehörte sie der Fraktion sowieso nicht an. Der Landesvorsitzende der Linksextremen, Dieter Dehm, auch so ein Alt-Kader aus dem Westen, will jedenfalls weiter mit der DKP zusammenarbeiten.

Warum auch nicht – eine komplett schamfreie SPD macht es den Kommunisten ja leicht. In Hessen spekuliert man schon eifrig auf eine von der Mauermörder-Partei tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung.



Konsequenter Widerstand ist da nur von den Republikanern zu erwarten. „Wir werden auch in Zukunft weiter und immer wieder an die Verbrechen in der ehemaligen DDR erinnern und die Linke mit ihrer Ver-

gangenheit konfrontieren“, sagt deren niedersächsischer Landesvorsitzender Dirk Hacaj, zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender: „Die Republikaner nehmen den Kampf gegen die Linksfaschisten an.“

Schwarze Umfaller auf Multikulti-Kurs

Ruder hart backbord, heißt die Parole bei der Union nach der hessischen Wahlpleite. Mit Roland Kochs Wahlniederlage war auch das kurze Aufblitzen von Vernunft und ausländerpolitischem Realismus in der Union schon wieder vorbei. Weil ihr mit ihrem windelweichen und inkonsequenten Opportunismus die Felle davonschwimmen, legt die CDU bei ihrem Linksrutsch noch einen Zahn zu und geht stramm auf Multikulti-Kurs.

Flugs distanzieren sich führende Unionspolitiker, NRW-„Integrationsminister“ Armin Laschet und der Hamburger Bürgermeister von Beust allen voran, vom Wahlverlierer Koch und biederten sich bei der Einwanderungslobby an.

Die „Antwort von 17 Unionspolitikern auf einen deutsch-türkischen Appell“ strotzte nur so vom muffigen Phrasenvorrat linker und liberaler Multi-Kulti-Traumtänzer. Das Papier, das die bloße Nennung von Mißständen schon als „Ausländerfeindlichkeit“ diffamiert und die Lösung im Wegschwätzen und Zukleistern mit billigem Sozialkitsch sieht, hätten wohl auch Claudia Roth und Andrea Ypsilanti unterschreiben können.

Und Bundesinnenminister Schäuble, der Verfassungsminister? Der hat die anmaßende Kölner Rede des türkischen Ministerpräsidenten nicht etwa empört zurückgewiesen, sondern ist statt dessen auf die Kritiker losgegangen. Der Herr Erdogan habe doch auch so schön von „Integration“ gesprochen.

Nein, mit diesen Schwarzen ist wirklich kein Staat mehr zu machen.

Kommentar ...

Mißbrauchte Brandkatastrophe

Die türkische Reaktion auf den Brand eines von zahlreichen Türken bewohnten Mehrfamilienhauses in Ludwigshafen war schnell, konsequent und zynisch: Ministerpräsident Erdogan, türkische Zeitungen und Verbände streuten den Verdacht, es handle sich um einen „Nazi-Anschlag“.



Die Emotionen kochten hoch, Feuerwehrleute wurden auf offener Straße angegriffen, weil türkische Medien dreist gelogen hatten, die Rettungskräfte seien „zu spät“ eingetroffen. Anschließend kam Erdogan nach Deutschland und beschwichtigte die Aufregung, die er selbst mit geschürt hatte – eine doppelte Machtdemonstration.

Bundesinnenminister Schäuble wurde regelrecht vorgeführt. Die türkische Regierung verlangte von ihm, eigene Ermittler zu entsenden – als ob in Deutschland Polizei und Justiz ebenso desolat seien wie in der Türkei. Schäuble stimmte zu und beleidigte damit die deutschen Polizisten und Kriminalbeamten.

Inzwischen konzentrieren sich die Ermittlungen auf einen Defekt in der maroden Elektrik, möglicherweise verursacht durch illegales Anzapfen von Leitungen. Damit habe sich die deutsche Politik einmal mehr ein Armutszeugnis ausgestellt, meint die Fraktionsvorsitzende der Republikaner im Ludwigshafener Stadtrat Tanja Debus.

Über den mangelnden Respekt vieler Einwanderer für einen Staat, der so wenig Selbstachtung habe, brauche man sich nicht zu wundern.

Das Versagen der Staatsbanken

Schon wieder knirscht es gewaltig im Gebälk der Bayerischen Landesbank. Das neue Desaster in Höhe von vorläufig festgestellten 1,9 Milliarden Euro trifft den Freistaat Bayern und den Bayerischen Sparkassenverband jeweils zur Hälfte.

Der Freistaat Bayern und die BayernLB gehört nicht der CSU, sondern den bayerischen Bürgern. Das wäre Grund genug gewesen, die Bürger auf dem laufenden zu halten.

Seit August 2007 wurde der Verwaltungsrat in dieser brisanten Angelegenheit ständig über die jeweils aktuellen Zahlen informiert. Am selben Tag, an dem Huber behauptete, daß „Wertberichtigungen in Milliardenhöhe“ reine Spekulationen seien, wurde er vom Vorstand der BayernLB desavouiert, der seine desaströsen Zahlen auf den Tisch legte. Da fragt man sich doch: Wollte Huber ihm bereits bekannte Ergebnisse vertuschen bzw. bis nach der Kommunalwahl verheimlichen? Oder war er wirklich so

ahnungslos? Wie glaubwürdig ist der bayerische Finanzminister oder wie unfähig?

An der Befähigung des Finanzministers und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber für das Amt des stv. Vorsitzenden des Verwaltungsrats darf man durchaus zweifeln. „Wenn man etwas nicht versteht, stellt man auch keine Fragen“, kommentierte der Berliner Professor Richard Stehle einmal die Wissensdefizite vom Staat entsandter Landesbank-Verwaltungsräte in Sachen Bankenwesen.



Mit riskanten Aktiengeschäften hatte die Landesbank schon 1999 achthundert Millionen Mark an Gauner verloren. Für die Kontrolle war auch damals der Verwaltungsratschef und bayerische Finanzminister Erwin Huber zuständig. Ein Rücktritt Hubers wäre also schon 1999 angebracht gewesen.

Parteichef Stoiber ist wohl sein Vorbild. Auch dieser war stets die Unschuld in Person. Es rollten immer andere Köpfe. Anlässe zum Zurücktreten gab es reichlich. Doch es kam der Tag, an dem er dann zurückgetreten wurde.

Brigitte Sophie Wengle

Hohe Kosten durch ausländische Straftäter

Ausländische Strafgefangene in deutschen Gefängnissen kosten die Steuerzahler jährlich rund eine halbe Milliarde Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des parteilosen sächsischen Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche hervor.

Laut Bundesregierung waren am 31. März 2007 „64.512 Strafgefangene beziehungsweise Sicherungsverwahrte inhaftiert. Hiervon waren 14.026 Ausländer oder Staatenlose (21,74 Prozent)“.



Der Ausländeranteil an den inhaftierten Straftätern ist also dreimal höher als der Anteil an der Wohnbevölkerung, konstatiert Nitzsche. Ausländische Straftäter, die sich mittlerweile mit einem deutschen Paß schmücken, seien in dieser Zahl nicht einmal enthalten – und von denen gebe es dank Rot-Grün ja einige.

Die erfaßten ausländischen Strafgefangenen verursachten jährliche Kosten von über 431 Millionen Euro, rechnet der sächsische Abgeordnete vor.

Die Tageshaftkosten beliefen sich 2006 im Länderdurchschnitt auf 84 Euro pro Häftling – macht fast 31.000 Euro im Jahr.

Da gäbe es für die chronisch klammen Staatskassen schon „erhebliches Einsparpotential“, meint Nitzsche.

Maulkorb für den Staatsanwalt

Roman Reusch weiß, wovon er spricht. Er hatte die Intensivtäter-Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft aufgebaut und lange Jahre geleitet. Als Fachmann weiß er: Jugendliche ausländische Serientäter kann man nur mit harten Haftstrafen und Ausweisung wirklich beeindruckern.

Weil er die Wahrheit offen aussprach, bekam er zuerst einen Maulkorb für weitere Fernsehauftritte und wurde anschließend von der Berliner SPD-Justizsenatorin Gisela von der Aue strafversetzt.

So sieht also Problemlösung bei unseren Großkoalitionären aus: Verschweigen und Schönreden um jeden Preis, wer nicht mitmacht, wird mundtot gemacht.

Gut, daß es wenigstens die Republikaner gibt, die keine Angst vor Denkverboten haben.

Überlebens- training für Berliner Lehrer

Messer und Pistolen, Prügel und Beleidigungen – der Alltag der Berliner Lehrer ist hart. Mit der hohen Gewaltbereitschaft an den Schulen sind viele schlicht überfordert. Jetzt will das Land Berlin 400 Pädagogen in Weiterbildungsseminaren für den Umgang mit gewalttätigen Schülern fit machen.

Klingt gut – ist aber nur eine Scheinlösung, über die sich vor allem die Sozialpädagogen freuen dürften, denen da wieder neue Jobs winken.

Den Lehrern wäre wohl besser geholfen, wenn man ihnen die gewalttätigen Schüler vom Hals schaffte. Aber da die explodierende Jugendgewalt in erster Linie ein Einwandererproblem ist, bräuchte man dafür schon eine andere Ausländerpolitik. Aber da trauen sich die Politiker nicht ran. Lieber geben sie noch mehr Steuergelder für noch mehr Sozialprojekte aus. Und die Lehrer, die an der Multikulti-Front weiter im Feuer stehen, dürfen es zusammen mit den Steuerzahlern ausbaden.

Geht doch! Moscheeverbot in Kärnten

Wo ein Wille, da ein Weg. Mit Unterstützung von FPÖ, BZÖ und Volkspartei hat die Regierung des österreichischen Bundeslandes Kärnten eine Änderung des Ortspflegegesetzes beschlossen, das den Bau von Moscheen und Minaretten verhindern soll.

Künftig muß eine Sonderkommission darüber befinden, ob ein beantragtes „außergewöhnliches“ Bauprojekt „mit der örtlichen Baukultur übereinstimmt“. Mit der Novelle setzt die Kärntner Regierung einen Parlamentsbeschluß um, mit dem sie 2007 aufgefordert worden war, eine verfassungskonforme Gesetzesinitiative zum Bauverbot von Moscheen und Minaretten zu erlassen.

Es geht also, wenn man nur will. Das Kärntner Gesetz bestätigt, daß die bayerischen Republikaner auf dem richtigen Weg sind. Mit der Forderung nach einem Moschee- und Minarettverbot gehen die Republikaner auch in den bayerischen Landtagswahlkampf.

Kommentar ...

Haie und kleine Fische

Die Empörung über den Fall Zumwinkel ist groß – zu recht: Ein Millionenverdiener an der Spitze eines de-facto-Staatsunternehmens, der im Verdacht steht, im großen Stil den Fiskus betrogen zu haben, das ist ein Skandal.

Die Politiker, die sich jetzt moralisch in die Brust werfen und „härtere Strafen“ fordern, sollten allerdings erst mal selbst vom hohen Roß herunterkommen. Und das nicht nur, weil viele von ihnen selbst ja auch gerne alle möglichen Privilegien und Vergünstigungen einstecken und schon für den einen oder anderen Skandal gut waren.

Deutschland leistet sich ein monströses und kostspieliges Steuersystem, das nicht nur Großverdiener auf dumme Gedanken bringt. Gerade den ganz normalen Leuten, den Leistungsträgern, der staatstragenden Mittelschicht, werden so hohe Lasten aufgebürdet, daß so mancher beim Mogeln die Entlastung sucht, die ihm der Staat verweigert.

Der aufgeblasene Verwaltungsapparat und die maßlose Gier unserer Politiker sind die Ursache für überzogene Steuern. Gerade bei CDU und CSU, die nicht das Rückgrat hatten, an der einfachen und gerechten Steuerreform von Paul Kirchhof festzuhalten, sollte man vor der eigenen Türe kehren. Statt nach mehr Steuerfahndern zu rufen und die Schuld für die Steuerflucht in den Gesetzen anderer Länder zu suchen, ist es höchste Zeit, die Ausgaben zu drosseln, alle Subventionen und Ausnahmen zu streichen und eine allgemeine Steuersenkung durchzuführen.

Alle Steuerzahler und Rentner müssen entlastet werden und nicht nur bestimmte Gruppen oder besonders Privilegierte. Dann klappt's auch besser mit der Steuerehrlichkeit – bei allen.

Vorsicht Inflation!



Die Löhne steigen – drei, vier, fünf Prozent meinen die Gewerkschaften derzeit rausholen zu können. Nur: Die Beschäftigten haben kaum etwas davon. Denn die wachsende Inflation und die steigenden Steuern und Abgaben fressen den Mehrverdienst wieder auf.

Und nicht nur das: Die Geldentwertung nagt auch an den Rücklagen für das Alter. Dem Schuldenstaat ist das vermutlich sogar ganz recht – denn Inflation nützt den Schuldenmachern, die das gepumpte Geld billiger zurückzahlen können, und schadet den Sparern, die schleichend kalt enteignet werden.

Lohnerhöhung ist gut und schön. Noch besser, wenn der Staat weniger Schulden macht und weniger Steuern und Abgaben kassiert, damit vom Einkommen auch was bleibt.

Am besten wäre es freilich, wenn wir den Euro loswürden – denn der importiert die Inflation aus den weniger wirtschaftsstarke Ländern nach Deutschland.

Assimilation – oder Rückfahrkarte

Integration ja, Assimilation nein – auf diesen Taschenspielertrick des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan sind Politik und Medien eifertig hereingefallen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Eine gelungene Integration, die das Gefüge des deutschen Staates und seiner Institutionen nicht destabilisiert, muß notwendig in die Assimilation führen.

Die freiwillige Assimilation von Einwanderern in die Mehrheitsgesellschaft ihres Gastlandes ist kein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sondern die selbstverständliche Pflicht, die jeder loyale Einwanderer seinem Aufnahmeland schuldet. Wer als Einwanderer auf Dauer hier leben will, muß sich den Werten und Rechtsvorstellungen unseres Gemeinwesens nicht nur äußerlich, sondern auch aus innerer Überzeugung anpassen.

Das bedeutet nicht zuletzt den glaubwürdigen Verzicht auf Symbole des politischen Islam, die Distanz und Abgrenzung schaffen. Also: Kein Kopftuch, kein Schleier und keine Großmoscheen und Minarette, die den Geist von Landnahme und Eroberung erkennen lassen.



Deutschland muß jedem Einwanderer klar zu verstehen geben: Wer hier bleiben will, muß sich assimilieren. Wer dazu nicht bereit ist, muß dorthin zurückgehen, wo die Mehrheitsgesellschaft nach seinen Vorstellungen lebt und er sich nicht anpassen braucht.

**Michel
meint**
...



Holt die Jungs raus aus Afghanistan!

Der Afghanistan-Feldzug ist gescheitert. Auch wenn Politiker und Zeitungskommentatoren, von denen die meisten wohl weder selbst beim Militär waren noch ihre Söhne zum Bund geschickt haben, eine Durchhalteparole nach der anderen verbreiten. Längst verliert Deutschland in dem Land am Hindukusch nicht nur Soldaten, sondern auch seinen guten Ruf.

Unter dem Druck der USA will die Bundesregierung jetzt nicht nur eine weitere „schnelle Eingreiftruppe“ entsenden, sondern denkt bereits über die Aufstockung des Mandats von 3500 auf 5000 Soldaten nach. Amerikaner, Engländer und Kanadier verlangen nach mehr deutschen Soldaten, weil die Verluste im Süden des Landes ständig steigen. Doch solange niemand in der Bundesregierung erklären kann, wofür die Opfer gut sein sollen, sagen die Republikaner: Holt die Jungs raus aus Afghanistan, die haben dort nichts verloren.



Politischer Aschermittwoch

Kampfansage an CSU-Filz, Kommunisten und Islamisten

Mit einem Generalangriff auf die neue CSU-Führung hat der bayerische Landesvorsitzende der Republikaner, Johann Gärtner, beim traditionellen politischen Aschermittwoch seiner Partei im niederbayerischen Geisenhausen den Landtagswahlkampf eröffnet.

„Günther Beckstein ist die Spinne im Netz des bayerischen Übels“, sagte Gärtner in den vollbesetzten Brauhaus-Stuben. Zuvor hatte der niederbayerische Bezirksvorsitzende Dieter Hübing, zugleich Mitglied des Bundespräsidiums, die rund 500 Mitglieder und Sympathisanten der Republikaner als Gastgeber begrüßt.

Der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, bezeichnete es als größten politischen Skandal der Bundesrepublik Deutschland, daß mit kommunistischen Kadern aus Ost und West 18 Jahre nach dem Mauerfall die alte „DDR“-Staatspartei SED „frech wie Oskar“ wieder nach der Macht greife: „Die neue Einheitspartei läßt grüßen!“ Das Land rutsche nach links, und CDU und CSU seien längst mitgerutscht.

„CSU steht heute längst für Chaos, Spitzelstaat und Unterdrückung“, prangerte Gärtner die Situation im Freistaat an. Das Land der Schlösser, Seen und Denker sei längst zum Land der Spitzel und Denunzianten geworden. „In Bayern herrschen bald Verhältnisse wie in China“, wettete Gärtner mit Blick auf das Vorpreschen Becksteins bei der Einführung von Online-Durchsuchungen noch vor dem Votum des Verfassungsgerichts.

Bayern sei inzwischen der am besten entwickelte Überwachungsstaat in Deutschland: „Beckstein ist in Bayern der größte Verfassungsfeind“, sagte Gärtner mit Bezug auf dessen Billigung des Abschießens von Zivilflugzeugen. „Im bayerischen Landtag gibt es keine Opposition, die Beckstein stoppt, deshalb müssen wir Republikaner da rein!“

Republikaner zu Gesprächen bei der FPÖ in Wien

Die Vernetzung geht weiter. Im Clubbüro der Freiheitlichen im Wiener Parlament traf der FPÖ-Bundesobmann H. C. Strache mit einer Delegation der deutschen Republikaner zu einem Strategiegeläch zusammen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner und bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner und sein Stellvertreter Tilo Schöne sprachen mit Strache über weitere Schritte zur europaweiten Zusammenarbeit

Beide Seiten waren sich einig, auf den großen Erfolg des Europakongresses vom 3. Oktober 2007 weiter aufzubauen und auf einer europäischen Plattform die Interessen der konservativen und heimatverbundenen Bürger und Wähler gemeinsam zu stärken. Unter dem Motto „Europa der Vaterländer“ muß nach Überzeugung der Gesprächspartner ein dichtes Netzwerk der gegenseitigen Information verschiedener europäischer Parteien installiert werden.

Die FPÖ-Vertreter unterstrichen den Wunsch nach einem starken deutschen Partner. Gärtner erklärte, die Republikaner würden alles daransetzen, mit vernünftigen Gruppierungen wie den Deutschen Konservativen, Übereinkünfte zu erzielen, um den deutschen Anteil an einer europäischen Strategie auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

FPÖ-Bundesobmann Strache sagte zu, als Spitzenredner auch den Europakongress 2008 zu unterstützen. Prominente Redner aus den Reihen des Parteivorstandes würden bei zwei weiteren großen Veranstaltungen in Deutschland auftreten.



FPÖ-
Bundesobmann
H. C. Strache

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**DIE
REPUBLIKANER**
Bundesverband
Postfach 5201 29
48087 Münster

Spendenkonto:

Postbank Dortmund
Konto-Nr. 387 450 460
BLZ: 440 100 46

SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: info@rep.de

www.rep.de

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 8702 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett